

**Kleine Anfrage  
für die Fragestunde**

Hannover, den 02.11.2021

Fraktion der SPD

**Suche nach einem Standort für hoch radioaktiven Abfall - Information und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen**

Deutschland hat sich auf den Weg gemacht, bis 2031 ein Atommüllendlager für hoch radioaktiven Müll zu suchen. Auf Basis von 90 Teilgebieten sollen in den kommenden Jahren Standortregionen für die übertrügige Erkundung ermittelt werden. Wesentliches Werkzeug zur Eingrenzung der Untersuchungsräume sind die repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen (rvSU), die an sogenannten Modellregionen entwickelt werden. In diesem Zeitraum gibt es kein ausdrücklich vom Standortauswahlgesetz vorgesehenes Beteiligungsverfahren seitens des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) oder der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE).

Auf der Grundlage eines gemeinsamen Beschlusses aller Landtagsfraktionen begleitet die Niedersächsische Landesregierung den Endlagersuchprozess mit einer eigenen Kampagne. Der Landtag hat hierfür und für die Unterstützung der betroffenen Kommunen dem Umweltministerium für das Jahr 2021 600 000 Euro zur Verfügung gestellt.

1. Wie begleitet die Landesregierung den Beteiligungsprozess des BASE und der BGE?
2. Wie bewertet die Landesregierung das derzeitige Vorgehen der BGE anhand von Modellregionen?
3. Wie geht es weiter mit dem Beteiligungsprozess?

Wiard Siebels  
Parlamentarischer Geschäftsführer